



Von Manfred Stockburger

Heilbronn - "IHK darf Standort auch finanziell fördern", jubiliert die Heilbronner Kammer in der jüngsten Ausgabe ihrer Mitgliederzeitung. Und: "Engagement durch IHK-Gesetz gedeckt." Das Stuttgarter Wirtschaftsministerium, das die Rechtsaufsicht über die Kammer führt, hat aber offenbar Zweifel, ob die Beteiligung der IHK an den Mietkosten der Hochschule Heilbronn rechters ist: Eine Million Euro will die Wirtschaftsvertretung über die nächsten zehn Jahre zuschießen.

"Es ist nicht auszuschließen, dass die Höhe der Zuwendung zu einer Überschreitung der zulässigen Interessenwahrnehmung nach Paragraph 1 Absatz 1 IHK-Gesetz führt", heißt es in einem von Ministerialdirigent Willi Weiblen unterzeichneten Schreiben. Im Gesetz steht, dass die IHK "durch Vorschläge, Gutachten und Berichte die Behörden zu unterstützen und zu beraten" habe. Das Ministerium schreibt, dass "letztlich nur auf dem Verwaltungsgerichtsweg" geklärt werden könne, ob der von der Vollversammlung beschlossene Zuschuss gesetzeskonform ist. Im Fall der 150 000-Euro-Finanzspritze für den Flugplatz Niederstetten läuft bereits ein Verwaltungsgerichtsverfahren.

Der zweite Absatz des ersten Paragraphen im IHK-Gesetz ist weiter gefasst: Er ermöglicht es der IHK, Einrichtungen, die der Förderung der gewerblichen Wirtschaft dienen, zu begründen, unterhalten und zu unterstützen. Im aktuellen Fall schließt das Ministerium diesen Absatz als Rechtsgrundlage für eine Zahlung aber ausdrücklich aus.

"Die IHK teilt die Zweifel des Wirtschaftsministeriums nicht", sagt Hauptgeschäftsführer Heinrich Metzger. Durch die Rechtsauffassung aus Stuttgart würde "der Handlungs- und Ermessensspielraum der Vollversammlung auf unangemessene Weise eingeschränkt". Zudem fordere das Wissenschaftsministerium die IHK ständig dazu auf, sich für den Ausbau der Hochschullandschaft einzusetzen, sagt er.

Der Heilbronner Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach hatte den Finanzantrag vor der IHK-Vollversammlung im Sommer begründet. Er betont, dass es "fatale Folgen" hätte, wenn das IHK-Votum vom Wirtschaftsministerium revidiert würde. Er verweist auf einen Termin bei Minister Ernst Pfister, den er gemeinsam mit Metzger in den nächsten Wochen wahrnehmen werde. Dabei hofft er, dass die Differenzen ausgeräumt werden.